

Frieden für Israel und Palästina

Von Anne Rossenbach

19. Mai 2021, 18:36

Gemeinsame Erklärung des Bündnisses „Köln stellt sich quer“ und des Katholikenausschusses

Die anhaltende Gewalteskalation in Israel und im gesamten Nahen Osten erfüllt uns mit großer Sorge um das Leben, Überleben und Zusammenleben israelischer, arabischer und palästinensischer Bürger:innen. Es zeichnen sich weder kurzfristige Perspektiven eines Waffenstillstandes und schon gar keine grundsätzlichen Lösungen und Zukunftsperspektiven in der immer größer werdenden Zahl von Konfliktfeldern in Jerusalem, in Israel, im Westjordanland und in den angrenzenden Gebieten ab. Die vielfältigen gemeinsamen Initiativen von Israelis und Arabern für ein friedliches, gleichberechtigtes Miteinander drohen in der zunehmenden Eskalationsspirale unterzugehen. Der ohnehin prekäre Frieden in der gesamten Region ist bedroht. Zunehmend werden dadurch auch in Europa und Deutschland heftige innergesellschaftliche Kontroversen und Konflikte ausgelöst bis hin zu gewalttätigen Zusammenstößen, Übergriffen und offenem Antisemitismus.

Die Gewalt im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist auch für unsere Stadtgesellschaft ein Grund zu großer Sorge. Wir hoffen sehr, dass die diplomatischen Bemühungen der Staatengemeinschaft in den kommenden Stunden und Tagen Möglichkeiten der Deeskalation erwirken. Zugleich trauern wir mit allen Menschen, die in dieser Situation verletzt wurden oder Angehörige verloren haben.

Niemals werden wir dulden, dass Menschen in unserer Nachbarschaft diesen politischen Konflikt in Nahost zum Anlass von Hass und Menschenfeindlichkeit nutzen, jüdische Gotteshäuser beschädigen oder jüdische Mitbürger:innen angreifen. Auch das Verbrennen von Fahnen ist ein beschämender Akt von Antisemitismus, den wir auf das Schärfste verurteilen. Die Zivilgesellschaft ist gefordert, aufmerksam, aktiv und engagiert für Gleichheit, Gerechtigkeit und Respekt und gegen Antisemitismus, Rassismus und die vielfältigen Diskriminierungen im Alltag einzutreten.

Köln hat sich seit mehreren Jahrzehnten immer an einem trilateralen, kommunalen und persönlichen Friedensprozess beteiligt. Köln hat zwei Städtepartnerschaften: Mit der israelischen Stadt Tel Aviv-Yafo und der palästinensischen Stadt Bethlehem. Diese Politik wollen wir fortsetzen.

Vor 15 Jahren hat sich die Kölner Stadtgesellschaft gemeinsam mit den Religionsgemeinschaften zur „Kölner Friedensverpflichtung“ bekannt.

Wir begreifen diese Friedensverpflichtung, gerade auch in der aktuellen Situation, als Maßstab und tragfähige Grundlage, um gemeinsam Hass und Gewalt, Ausgrenzung und Antisemitismus entgegenzutreten.

In dieser „Kölner Friedensverpflichtung“ heißt es unter anderem:

„Als jüdische, christliche und muslimische Frauen und Männer erklären wir, dass Gewalt und Terror um Gottes Willen nicht sein dürfen und dem authentischen Geist unserer Religionen widersprechen. Unsere Religionen zielen auf ein friedliches und konstruktives Zusammenleben aller Menschen gleich welcher Religionszugehörigkeit. Für uns gilt unverrückbar: Die Würde des Menschen ist unantastbar: die Würde eines jeden Kindes, jeder Frau und jedes Mannes.

Als Religionsgemeinschaften verpflichten wir uns

- Jeder Verhetzung und Erniedrigung von Menschen entgegenzutreten
- Für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen, Kulturen und ethnischen Gruppen einzutreten und Menschen zusammenzuführen, die bislang den Kontakt zu anderen gescheut haben,
- den anderen zuzuhören und die Ängste der anderen ebenso wahrzunehmen wie die eigenen,
- unseren Beitrag für eine Gesellschaft zu leisten, die nicht nur durch Toleranz, sondern von Respekt und Achtung geprägt ist,
- eine Gesellschaft mitzugestalten, in der alle Religionsgemeinschaften, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen, ihren unumstrittenen Platz haben,

- in der Erziehung zum Abbau von Vorurteilen und zu gegenseitigem Verständnis zu wirken...

Mit unserer ganzen Kraft wollen wir dazu beitragen, dass Hass und Gewalt überwunden werden und Menschen in unserer Stadt Köln und überall auf der Welt in Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit leben können. Gemeinschaften und Initiativen ebenso wie einzelne Personen jeden Glaubens und jeder Weltanschauung laden wir ein, sich dieser Verpflichtung anzuschließen und in ihrem Sinne zu wirken.“

Brigitta von Bülow, Ratsmitglied B90/die Grünen, Bürgermeisterin Stadt Köln

Jörg Detjen, Ratsmitglied der LINKEN

Patrick Gloe, KluST

Rainer Hammelrath, SPD Unterbezirk Köln

Joanna Peparah, Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD Köln)

Dr. Witich Roßmann, Vorsitzender DGB Stadtverband Köln

Sammy Wintersohl, Evangelischer Kirchenverband Köln und Region (EKV)

Claudia Woermann, Verein El-De Haus Verein

Gregor Stiels, Vorsitzender Katholikenausschuss in der Stadt Köln